

# AußenwirtschaftsNews – USA

07/2024

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA sowie Mittel- und Osteuropa.

## 1 Konjunktur

- Die vierteljährliche Umfrage des Business Roundtable unter CEOs großer Unternehmen zeigt ein stabiles Vertrauen in die US-Wirtschaft. Der Konjunkturindex des BRT lag mit 84 Punkten etwas unter dem im März gemeldeten Wert von 85 und nahe dem langfristigen Durchschnitt von 83. Die übergeordnete Botschaft der CEOs ist, dass die Wirtschaft stabil ist, sie aber weiterhin vorsichtig bleiben. Die CEOs erwarten für das kommende Jahr ein BIP-Wachstum von 2,3 Prozent, verglichen mit 2,1 Prozent im März.
- Die Arbeitslosenquote lag im Juni bei 4,1 Prozent, was einen stetigen Anstieg der Arbeitslosenquote seit Beginn des Jahres darstellt.
- Die Weltbank korrigierte ihren Ausblick für die Weltwirtschaft um 0,2 Prozentpunkte nach oben und erklärte, dass die US-Wirtschaft der Motor der Welt sei. Der jüngsten Prognose zufolge wird die Weltwirtschaft im laufenden Jahr um 2,6 Prozent wachsen, die US-Wirtschaft um 2,5 Prozent.
- Laut Reuters ist die US-Produktion im Juni den dritten Monat in Folge geschrumpft und die Preise, die die Fabriken für Vorprodukte zahlen, sind angesichts der schwachen Güternachfrage auf ein Sechsmonatstief gefallen. Dies deutet darauf hin, dass die Inflation weiter nachlassen könnte. Das Institute for Supply Management gab am 1. Juli 2024 bekannt, dass sein PMI (Purchasing Managers' Index) für das verarbeitende Gewerbe im letzten Monat von 48,7 im Mai auf 48,5 gesunken sei. Ein PMI-Wert unter 50 deutet auf Schrumpfung im verarbeitenden Gewerbe hin, das 10,3 Prozent der Wirtschaft ausmacht.
- Die US-Notenbank geht davon aus, dass es in diesem Jahr nur noch eine Zinssenkung um ein Viertelprozent geben wird. Im März waren noch drei Senkungen um jeweils einen Viertelprozentpunkt vorhergesagt worden. Das Protokoll der Sitzung der US-Notenbank im Juni ließ erkennen, dass die Notenbanker davon überzeugt sind, dass die erhöhten Zinssätze den gewünschten Effekt haben und zu einer Abkühlung der Wirtschaft und einer sanften Landung mit einer Inflationsrate von zwei Prozent führen.
- Zum ersten Mal in seiner Geschichte schloss der S&P 500 am 02. Juli 2024 über 5.500 und setzte damit eine rasante Rallye für 2024 fort.

## 2 Handelspolitik

- Das Institut der Deutschen Wirtschaft untersucht in einem aktuellen [Policy Paper](#), worauf sich Europa in der internationalen Politik einstellen muss, wenn der Republikaner Trump beziehungsweise die Demokratin Harris gewählt würden. Beide würden wohl die Subventionen des Inflation Reduction Act (IRA) fortführen, zumindest aber nicht vollständig abschaffen. Ein deutlicher Unterschied liegt in den Branchen: Harris setzt auf Klimatechnologien, Trump steht der Öl- und Gasindustrie nah. Daher bleibt abzuwarten, wer künftig von Förderung profitieren kann. In Handelsfragen würde Harris den Kurs einer gemäßigt-protektionistischen Politik fortsetzen. Große handelspolitische Initiativen wie neue Freihandelsabkommen sind nicht zu erwarten. Multilaterale Formate wie der Trade and Technology Council (TTC) mit der Europäischen Union würden aber wohl beibehalten. Unter Trump müssen sich die Europäer auf mehr Protektionismus einstellen. Trump hat bereits angedroht, als Präsident einen Zoll auf alle Importe in Höhe von 10 Prozent zu erheben. Produkte aus China sollen mit 60 Prozent verzollt werden. Trump setzt auf „America first“ und lehnt internationale, regelgebundene Systeme weitgehend ab. Letztlich bleibt die Handelspolitik unter Trump unberechenbar.
- Ein weiteres potenzielles handelspolitisches Risiko für die EU sehen Experten darin, dass eine Trump-Administration die Erleichterungen für EU-Exporte im Hinblick auf den Zugang zu den Unterstützungsmaßnahmen des US Inflation Reduction Act (IRA) aufheben könnte. Ein wichtiger Punkt ist hier der Export von Elektrofahrzeugen (EVs) aus der EU. Viele dieser Fahrzeuge wären nach den ursprünglichen IRA-Regeln nicht förderfähig. Die Regierung Biden hat sich jedoch um pragmatische Lösungen bemüht, um den Interessen der EU im Zuge der Umsetzung des IRA entgegenzukommen. Zu diesem Zweck hat sie zum Beispiel zugelassen, dass geleaste Fahrzeuge als Nutzfahrzeuge eingestuft werden, die nicht den IRA-Zugangsbeschränkungen unterliegen. Eine Trump-Administration könnte diese Regelung rückgängig machen und damit den Export von europäischen E-Fahrzeugen erheblich erschweren.

## Allgemeine Politik

- Laut dem Mittelwert verschiedener Umfragen unter Wahlberechtigten vom 24. Juli 2024 liegt Kamala Harris als voraussichtliche Präsidentschaftskandidatin der Demokraten leicht hinter dem Republikaner Donald Trump. 45 Prozent würden demnach Trump wählen, während 42 Prozent Harris ihre Stimme geben würden. Es bleibt ein Kopf-an-Kopf-Rennen, die Unsicherheiten in den Umfragen sind noch groß. (Quelle: Süddeutsche Zeitung)
- US-Wirtschaftsführer nehmen eine mögliche Rückkehr von Donald Trump gelassen hin. Sie sagten, dass sie mehr Fusionen und Übernahmen erwarten und eine wirtschaftsfreundlichere Regierungspolitik, falls der ehemalige Präsident wiedergewählt würde. Es



wird nicht erwartet, dass er Präsident Bidens industriepolitischen Maßnahmen wie den CHIPS Act oder den IRA rückgängig machen wird, angesichts der Vorteile, die diese Maßnahmen republikanisch geführten Staaten gebracht haben und des parteiübergreifenden Konsenses, mit dem die Pakete verabschiedet wurden.

- Die US-Schulden werden in den nächsten zehn Jahren auf 56 Billionen Dollar ansteigen, da die Staatsausgaben die Einnahmen übersteigen. Der derzeitige 34 Billionen Dollar hohe Schuldenberg wird sich laut aktuellen Prognosen nicht verkleinern, was angesichts der von Donald Trump angekündigten Steuerentlastungen im Falle eines Wahlsieges die Lage in den zukünftigen Jahren noch verschärfen wird.

### **Ansprechpartner**

#### **Eva Apfel**

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482  
eva.apfel@vbw-bayern.de  
www.vbw-bayern.de

#### **Christoph Kolle**

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 646 237 0410  
christoph.kolle@vbw.com  
www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.